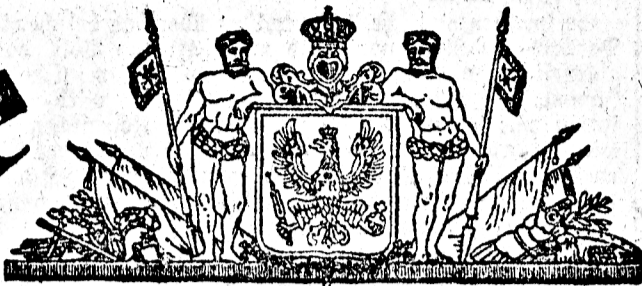


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

30 Pfennig

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn-, Festtags und Montags nur einmal. Sonntags die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurszettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatlich 15 Mark durch eigene Boten täglich frei ins Haus; durch die Post 14 Mark (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 3 Mark u. 66 2/3 % Teuerungszuschlag, Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlage von Ullstein & Co. Verantwortlich für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech - Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11800, 11801, 11802, 11803 bis 11852, sowie 15277 und 15281, 15282, 15888 bis 15298. Telegramm - Adresse: Ullsteinhaus, Berlin.

Die Demokraten und die Krise.

Bertagung der Entscheidung.

Wie bereits im Abendblatt mitgeteilt wurde, bestehen innerhalb der demokratischen Reichstagsfraktion noch weitgehende Meinungsverschiedenheiten über die Frage, ob es möglich sei, auf der Grundlage, die bei den Verhandlungen zwischen Fehrenbach, Ermborn, Heinze und Petersen vereinbart wurde, eine Regierung zu bilden, die in der Lage ist, positiv zu arbeiten. Das Verhalten der Sozialdemokraten erscheint nicht genügend geklärt. Zwar wird die Mitteilung bestritten, daß sie es abgelehnt hätten, einem „Kabinett der Mitte“ — Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokraten — bei der ersten Abstimmung das Vertrauen auszusprechen. Immerhin bestehen noch erhebliche Zweifel, ob diese Mindestforderung erfüllt wird. Der „Vorwärts“ teilt mit, die sozialdemokratischen Unterhändler hätten in dieser Beziehung weder eine Zusage machen können, noch sich ablehnend geäußert. Die Entscheidung müsse vielmehr der Fraktion vorbehalten werden, die selbstverständlich ihrerseits das Programm der neuen Regierung zu prüfen habe. Unter diesen Umständen hat sich die demokratische Fraktion gestern noch zu keiner endgültigen Stellungnahme entschließen können, zumal, wie bereits gemeldet, ein großer Teil der Mitglieder noch nicht anwesend ist. Immerhin rechnet man damit, daß die Mehrheit schließlich den Abmachungen der Führer zustimmen wird. Es ist aber nicht zu erwarten, daß die endgültige Konstituierung des Kabinetts vor Mitte nächster Woche — am Donnerstag tritt der Reichstag zusammen — erfolgen wird. Wenn die demokratische Fraktion ihre Zustimmung gibt, so würde Herr Fehrenbach die Kabinettsbildung offiziell übernehmen und dann erst an die in Aussicht genommenen Persönlichkeiten herantreten.

Bayerische Auffassungen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

München, 18. Juni.

Die Landesvorstandschäft der Demokratischen Partei in Bayern erörterte heute in einer gemeinsamen Sitzung mit den Mitgliedern der bayerischen Landtagsfraktion die Lage im Reich und in Bayern.

Reichstagsabgeordneter Handelsminister Sam m berichtete über die Schwierigkeiten der Regierungsbildung im Reich. Die Versammlung bekannte sich einmütig zu dem Willen, auch fernere innerhalb wie außerhalb des Parlaments tatkräftig am Wiederaufbau des Vaterlandes im Geiste der nationalen und demokratischen Grundzüge der Partei mitzuarbeiten. Die Erklärung der Reichstagsfraktion wurde als eine geeignete Grundlage begrüßt, um zu einer arbeitsfähigen Politik der Mitte zu kommen.

Auch für die Stellung der Partei zur Frage der Regierungsbildung in Bayern werden die gleichen Grundzüge maßgebend sein. Wenn die Partei etwa zur Teilnahme an der neuen Regierung aufgefordert werden sollte, so wird für sie einzig die Frage maßgebend sein, ob das künftige Regierungsprogramm allen Lebensnotwendigkeiten Bayerns, dessen Schicksal untrennbar ist von dem Gedeihen des Reiches, in vollem Umfang gerecht wird.

In der Bayerischen Volkspartei gehen, nach den Stimmen der Parteipresse zu urteilen, die Meinungen über die Beteiligung der Partei an der künftigen Reichsregierung auseinander. Der „Bayerische Kurier“ lehnt das „Kabinett der Mitte“ rundweg ab. Der Hauptnachteil dieser Kombination liegt in einer allzumaligen Basis, die die Regierung von dem Wohlwollen der Sozialisten oder aber der Deutschnationalen abhängig macht. Stillschließ die Koalition der Mitte auf die wohlwollende Neutralität der Sozialisten, so würde deren Einfluß vielleicht noch größer werden als bisher. Die stillschweigende Erweiterung der Koalition nach rechts aber führe die Gefahr des tatsächlichen Zusammenschlusses der drei sozialistischen Gruppen mit sich und müsse wohl auch infolge der geplanten Teilnahme der „in der Märzkrise bloßgestellten“ Minister Koch und Gehler von vornherein scheitern. Im Gegensatz hierzu will die „Augsburger Postzeitung“ aus parlamentarischen Kreisen erfahren haben, daß die bayerische Volkspartei grundsätzlich bereit sein Kabinett Fehrenbach zu unterstützen. Es würden wohl einige Bedingungen gestellt werden, die aber rein sachlicher Natur seien und eine geeignete Grundlage der Zusammenarbeit abgeben sollten. Der Eintritt eines Mitgliedes der Bayerischen Volkspartei in die neue Regierung sei keine unerlässliche Bedingung für eine sachliche Mitarbeit.

Bayern und Spa.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

München, 18. Juni.

Die Meldung des „Temps“, daß in Paris der Wunsch bestehe, die bayerische Regierung auf der Konferenz in Spa durch einen eigenen Delegierten vertreten zu sehen, stellt sich als eine Fortsetzung des jüngst vom „Echo de Paris“ unternommenen Ver-

suches dar, dem bayerischen Staat in der äußeren Politik eine Sonderrolle zuzuwenden, auf die jedenfalls die maßgebenden Kreise in Bayern keinerlei Anspruch erheben. Die bayerische Regierung hat, wie jüngst schon berichtet, mit der Reichsregierung Fühlung genommen über die Möglichkeit, daß in die deutsche Delegation für Spa auch ein Sachverständiger für die bayerischen Verhältnisse aufgenommen würde, der aber natürlich nicht selbständig für Bayern zu verhandeln haben würde, sondern lediglich als ein Glied der deutschen Gesamtdelegation aufzutreten hätte. Die Vermutung liegt nahe, daß die neuerliche Anspielung des „Temps“ ein Räder für die Freunde der bayerischen Sonderpolitik nach dem Rezept des Dr. Helm sein soll. Aber wir können auf Grund zuverlässigster Informationen versichern, daß die berufenen Stellen in Bayern nicht daran denken, ein solches Danerergesamt anzunehmen.

Das amtliche Wahlergebnis.

466 Abgeordnete.

Der Reichswahlleiter Delbrück veröffentlicht im „Reichsanzeiger“ das amtliche Ergebnis der Reichstagswahl vom 6. Juni. Die amtlichen Feststellungen weichen in vielen Punkten von den bisher veröffentlichten Ergebnissen ab. Nach der amtlichen Statistik wurden insgesamt 26 017 590 Stimmen abgegeben. Die Zahl der in den Wahlkreisen gewählten Abgeordneten beträgt 329, durch Berechnung in den Wahlverbänden erhielten weitere 44 Bewerber Sitze im Reichstag, und durch die Reichswahlliste wurden 51 Sitze verteilt. Die Zahl der in den Abstimmungsgebieten bei den Nationalwahlen des Vorjahres gewählten Abgeordneten, die vorläufig auch Mitglieder des Reichstages bleiben, beträgt 42, so daß der neue Reichstag insgesamt 466 Mitglieder zählen wird. Davon entfallen auf:

Sozialdemokraten	112
Zentrum	68
Demokraten	45
Deutschnationale	66
Deutsche Volkspartei	62
Unabhängige	81
Kommunisten	2
Bayerischer Bauernbund	4
Welfen	5
Christl.-Soz. Gruppe	21

Die abgegebenen 26 017 590 Stimmen verteilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt: Sozialdemokraten 5 614 456, Zentrum 3 540 880, Demokraten 2 202 334, Deutschnationale 3 736 778, Deutsche Volkspartei 3 606 316, Unabhängige 4 985 317, Mittelständler 11 970, Kommunisten 44 995, Nationaldemokraten 8998, Bayerischer Bauernbund 218 884, Welfen 319 100, Wirtschaftsbund 88 652, Bayerische Volkspartei 236 941, Deutschnationalisten 7216, Lausitzer Volkspartei 8052, und zerplittert haben sich 84 708 Stimmen.

Deutsche „Kriegspläne“.

Ein neues Märchen.

Die „Morningpost“ vom 2. Juni sowie andere ausländische Blätter veröffentlichen folgende Nachricht: „Vor einigen Wochen fand in Berlin ein geheimes Rat statt. Einige Minister, nicht alle, wohnten dieser Beratung bei. Im Verlaufe dieser Beratung wurde die Möglichkeit eines bewaffneten Konfliktes zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Polen andererseits erwogen. Der Reichswehrminister war gegenwärtig. Der Chef des Generalstabes erklärte die militärische Lage. Gegen Frankreich könnte Deutschland 700 000 Mann ins Feld stellen, gegen Polen 200 000 Mann. Diese militärischen Kräfte werden als genügend betrachtet; denn man würde auf gewisse Hilfsabstände rechnen, sowie eine rasche Verrohnung der Effektivebestände durch gleichzeitige Einberufung mehrerer Reservelassen. Eine äußerst schwierige Beratung entwickelte sich darüber, ob Deutschland auf die Neutralität gewisser Staaten rechnen könne, doch ist die Haltung eines gewissen Staates nicht sehr sicher, und außerdem befürchtet man auch innere Wirren.“

Hierzu wird von zuständiger deutscher Seite erklärt: Wie Dr. Gehler schon am 5. Juni in einem Interview Herrn Saunders, dem früheren Korrespondenten der „Times“, erklärt hat, ist die vorstehende Nachricht von Anfang bis zu Ende in das Reich der Fabel zu verweisen. Insbesondere hat kein Minister einer Besprechung beigewohnt, in der auch nur indirekt oder bedingt solche Erörterungen gepflogen wurden. Einen Chef des Generalstabes gibt es nicht mehr. Wer den seelischen Zustand des deutschen Volkes kennt, der sich bei Abwehr des militärischen Kapp-Putsch so eskalant gezeigt hat, und wer weiß, wie viel Waffen und moderne Geschütze auch nur zu der kleinsten aggressiven Unternehmung nötig wären, der muß erstanen, daß eine geradezu unürnige Meldung in Anbetracht des von der Entente ständig kontrollierten Weltandes der deutschen Waffen in ersten ausländischen Mätern Aufnahme finden konnte.“

Bolschewistische Selbstbekenntnisse.

Von

Max Theodor Behrmann,

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“

Warschau, Anfang Juni.

Der Leidtragende ist stets parteiisch, hat jedenfalls eine dunkelgefärbte Brille vor seinen Augen. Und daher hüte ich mich, den russischen Flüchtlingen, die mich hier fast täglich in größerer Anzahl aufsuchen, unbedingten Glauben zu schenken. Wir wissen schon aus den vergangenen Kriegstagen, wie die Farben eines persönlichen Erlebnisses mit der räumlichen und zeitlichen Entfernung vom Schlachtfelde sich gleichsam selbsttätig immer mehr verblassen.

Noch weit kritischer verhalte ich mich den Schilderungen meiner englischen und amerikanischen Berufsgenossen gegenüber, die seit einiger Zeit eine Sprichfahrt nach dem verschlossenen und grauenumwobenen Leninlande als eine Art nervenheilenden Sport betrachten, für den ihnen jedoch die hauptsächlichsten Ausriktungsstücke fehlen: Beherrschung der Sprache, genaue Kenntnis der russischen Volkseelen, das durch wissenschaftliche Übung gewonnene Vermögen, eigenartige wirtschaftliche und soziale Strömungen sofort richtig zu bewerten.

bleibt die russisch-bolschewistische Presse als Belehrungsstoff. In den Landen der Sowjets gibt es bekanntlich nur „amtliche“ Blätter, herausgegeben von Kommissariaten, Armeearganisationen, amtlich anerkannten und geleiteten Verbänden. Man weiß drüber, daß diese nur für den inneren Gebrauch gebraute Presse so gut wie niemals nach dem neugierigen Auslande gelangt, und spricht daher davon recht ungeschminkt, wie einem der bolschewistische Schnabel gewachsen ist. Wer in und zwischen den Zeilen zu lesen versteht, kommt beim Durchblättern auf seine Kosten.

Durch lebenswürdige Vermittlung einer hiesigen Amtsstelle geht mir jeden ein Bündel bolschewistischer Zeitungen aus jüngster Zeit zu, die man an der polnisch-russischen Front gefangen genommenen Soldaten der roten Armee abgenommen hat. Eine bunte Sammlung, die Moskauer hochamtlichen „Iswestija“, an denen die Gewaltigen des Kreml höchst eigenhändig mitarbeiten. Die Petrogradskaja „Pravda“, herausgegeben vom Petersburger Komitee der russischen kommunistischen Partei. Der „Trud“, für den der Petersburger Rat der Berufsvereine verantwortlich zeichnet, und der „Kommunistische Trud“, der von den Moskauer Kommunisten geleitet wird. Die „Ukrainische Biednota“, das Hauptorgan der Bolschewisten der Ukraine, und die „Ekonomische Schiza“, in deren Besten die bolschewistische Wissenschaft als solche sich zu behaupten versucht. Dazu eine Reihe von Blättern verschiedener untergeordneter Kommissariate aus der Provinz.

Schon das Äußere aller dieser Zeitungen zeigt, daß sie aus einem Lande kommen, wo das Proletariat regiert und diktirt. Schlecht gelehntes und schief geschnittenes Papier, das fast beim ersten Zugreifen zerfällt, oder aber gar dunkelbraune harte Pappe, auf der eine bläßlich-graue Druckfarbe kaum leserbare Zeichen hinterlassen hat. Es gibt keinen verantwortlichen Redakteur; als Herausgeber steht verzeichnet ein anonymes „Redaktions-Kollegium“, eine „politische Verwaltung“ dieser oder jener Stadt, ein „kommunistisches Komitee“ dieser oder jener Stadt. Gedruckt sind sie — da es im Räterussland keine privaten Druckereien gibt — in der „Reichsdruckerei“ oder „Sowjetdruckerei“, die je nach den Städten bestimmte Nummern tragen. Angehen fehlen gänzlich: im Leninlande darf man ja von privater Seite weder kaufen noch verkaufen, weder Wohnungen anbieten, noch solche suchen, weder seine Arbeitsdienste noch Arbeitsgelegenheiten anbieten.

Und nun zum Inhalt. Von den Aufsätzen soll hier nicht gesprochen werden, die durchweg im Tone lärmender Volksversammlungsreden oder aufpeitschender Flugblätter gehalten sind. Ungleich mehr Ausrufungszeichen als Punkte, knappe, abgehackte Sätze, Ueberflus an Fremdwörtern aus den zahllosen kommunistischen Katechismen. „In Eurem Hause ist ein Dieb!“ lautet die Ueberschrift eines Leitartikels, in dem Trotski in der Petersburger „Pravda“ sich über die polnische Offensive äußert. Und so fällig wie diese Ueberschrift ist auch der Ton des kurzen Aufsatzes: Trotski spricht darin von den „Warschauer bourgeoisen Abenteurern, diesen Vandalen der Entente“, die „auf den französischen Börsen die Haut des ukrainischen Bauern verschächern wollen“, spricht von der „diebischen polnischen Schlägta, die von den Welträubern des Westens unterstützt werde“, und schließt mit dem dröhnenden hysterischen Schrei, die rote Armee der Weltfreiheit, die das Banner des Weltproletariats hochhalte usw. usw., werde den eingeschlichenen Dieb zerfleischen. Das ist so ungefähr der Ton, in dem die bolschewistische Presse heutzutage zum Volke spricht. Weit interessanter ist das Tatsachenmaterial, das mir darin finden und das ein überaus bezeichnendes Bild auf das Land des verheißenen Kommunismus wirft. Da lesen